

Der Generalstreik 1919 in Ravensburg

Historischer Zusammenhang

Die Demokratie hatte in der deutschen Geschichte einen denkbar ungünstigen Einstand, als sie in der Weimarer Republik 1918 erstmals zur politischen Ordnung wurde. Ihren krisenhaften Beginn prägten die inneren und äußeren Belastungen durch den verlorenen Ersten Weltkrieg. Als das Eingeständnis der militärischen Niederlage nicht mehr aufgeschoben werden konnte, suchten sich die Repräsentanten des Kaiserreichs und der Obersten Heeresleitung davon zuzustehlen, indem sie empfahlen, die Regierungsgewalt in diesem historischen Augenblick an die Vertreter der SPD zu übergeben, wie es dann auch geschah. Mit dem unsinnigen Befehl, die Hochseeflotte Ende Oktober 1918 zu einem letzten Kampf gegen England in die Nordsee zu schicken, lösten Oberste Heeresleitung und kaiserliche Flottenführung einen Matrosenaufstand und eine Streikbewegung aus, die sich An-

fang November nach russischem Vorbild in kürzester Frist zur landesweiten Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten entwickelte. Dies geschah sogar ganz im Süden Deutschlands, wo sich auch in Ravensburg und Weingarten sowie in Friedrichshafen Arbeiter- und Soldatenräte bildeten.

Nachdem Reichskanzler Prinz Max von Baden die Regierungsgeschäfte am 9. November 1918 an den (Mehrheits-) Sozialdemokraten Friedrich Ebert übergeben hatte, lasteten auf dessen provisorischer Regierung nicht nur die Kriegsfolgen in Gestalt der verbreiteten sozialen Notlage, sondern auch Befürchtungen vor einem bolschewistischen Umsturz, die konservative und bürgerliche Kreise mit der MSPD teilten. Deshalb ging Ebert am 10. November 1918 auf das Bündnisangebot des Generals Wilhelm Groener ein, um seiner Regierung die Mittel zu beschaffen, sich gegen den Umsturz von links zur Wehr setzen zu können; allerdings mithilfe derer, die die Sozial-

demokratie im Kaiserreich stets zu Vaterlandsfeinden gestempelt hatten. Durch diesen Ebert-Groener-Pakt trat bald ein gewaltiger Prestigeverlust der MSPD bei ihren Traditionswählern ein. Unter diesen Vorzeichen übernahm die Sozialdemokratie, seit 1917 in MSPD und USPD gespalten, erstmals die Regierungsverantwortung in Deutschland. Im *Rat der Volksbeauftragten* aus Vertretern der MSPD und USPD schien es kurzfristig zu gelingen, die Konflikte zwischen dem bürgerlichen und dem revolutionären Flügel der Partei zu überwinden. Der Rat einigte sich am 12. November auf ein *sozialistisches Programm*, das allerdings den revolutionären Gedanken und Plänen der Linksozialisten im Spartakus und in der USPD bei Weitem nicht genügte. Gestützt auf eine überwältigende Mehrheit auf dem Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin am 16./19. November 1918, fiel bei der MSPD die Entscheidung gegen die proletarische Revolution und für den demokratischen

Wahlergebnisse in Weingarten 1919 – 1924 (in Prozent)

	Verfassunggebende Landesversammlung 12. Januar 1919	Verfassunggebende Nationalversammlung 19. Januar 1919	Gemeinderat 18. Mai 1919	Landtag 6. Juni 1920	Reichstag 6. Juni 1920	Landtag 4. Mai 1924	Reichstag 4. Mai 1924
SPD	31,4	33,2	33,2	6,7	6,8	3,1	3,5
USPD	2,6	2,1	2,1	14,6	14,2	-	-
KPD	-	-	-	4,4	4,7	13,2	12,5
DDP	14,1	12,6	12,6	10,2	9,9	14,4	10,5
Zentrum	44,4	47,1	47,1	54,6	53,7	50,8	52,6
Sonstige	7,5	5	5	9,5	10,7	18,5	20,9

Quelle: Oberschwäbischer Anzeiger vom 13. Januar, 19. Januar und 21. Mai 1919, 7. Juni 1920; Oberschwäbische Volkszeitung vom 5. Mai 1924.

parlamentarischen Weg mit Wahlen zur Nationalversammlung und anschließender Regierungsbildung. Dem begegneten USPD, Spartakus bzw. die spätere KPD mit Aktionen zum gewaltsamen Umsturz. Im Januar 1919 kam es zum Spartakus-Aufstand in Berlin, der am Bündnis der MSPD mit den Konservativen und der bewaffneten Macht von Armee und Freikorps scheiterte. In der Folge und als Konsequenz aus dieser militärischen Niederlage einerseits wie aus den klaren Abstimmungsniederlagen in den Rätekongressen andererseits versuchte es die Linke mit Generalstreiks als Mittel zur Mobilisierung der Arbeiterschaft in Richtung Revolution – auch in württembergischen Industriezentren wie Stuttgart, Esslingen am Neckar, Göppingen, Ludwigsburg, Friedrichshafen und Ravensburg. Wie in Berlin so mussten Anfang April 1919 auch die Vertreter der SPD in der Provinz Farbe bekennen: für *Ruhe und Ordnung* oder für Gewalt und *Generalstreik*.

Der Ablauf der Ereignisse, auf die sich die hier vorgelegten Dokumente aus dem Stadtarchiv Ravensburg beziehen, sei kurz skizziert. Am 31. März 1919 begannen die Streikaktionen im Raum Stuttgart. Am 1. April wurde auch in Ravensburg, beginnend bei der Maschinenfabrik Escher Wyss, unter der Leitung des USPD-Manns Heinrich Mat-

thies gestreikt. Eine Versammlung mit rund 400 Arbeitern versuchte, den Streik auf die Maschinenfabrik Weingarten auszudehnen, was aber misslang. Am 2. April kam es im Stuttgarter Raum zu gewalttätigen Ausschreitungen. Am selben Tag erschienen in Ravensburg Flugblätter für und gegen den Generalstreik. Am 3. April versammelten sich rund 1200 Arbeiter, die über den Generalstreik diskutierten, wobei die Gegensätze zwischen USPD und MSPD auch vor Ort deutlich wurden. Da gleichzeitig auch erkennbar wurde, dass der Generalstreik nur von einer Minderheit der Arbeiter getragen wurde, begann die Front der Streikenden zu bröckeln. Am 4. April wurde die Arbeit in Ravensburg und Umgebung fast überall wieder aufgenommen.

Im Kaiserreich hatte die SPD durch die Kompromissformel Karl Kautskys, sie sei *eine revolutionäre, aber nicht Revolution machende Partei*, den Spagat zwischen Revolutionsversprechen für die Arbeiterschaft und bürgerlicher Reformpolitik halten können. Als 1905 in Partei und Gewerkschaften eine Generalstreikdebatte geführt wurde, nannte Karl Legien als der Führer der deutschen Gewerkschaften einen Generalstreik *Generalunsinn*. Ganz ähnlich mochte zu Beginn der Weimarer Republik die Mehrheit der Sozialdemokraten

und der Gewerkschaftler empfinden. Die soziale und wirtschaftliche Notlage durch akute Probleme des Kriegsendes und der Niederlage ließen einen *Generalstreik* oder gar einen revolutionären Umsturz unverantwortlich erscheinen. Außerdem glaubte man, nun auf dem Weg demokratischer Willensbildung mit dem Sozialismus, wie ihn die MSPD verstand, voranzukommen. Allerdings löste die MSPD das Versprechen, den Sozialismus einzuführen, in den Augen vieler Arbeiter nicht ein. Sie musste sich später den Vorwurf gefallen lassen, die alten Eliten nicht aus ihren Positionen vertrieben und die Eigentumsordnung nicht angetastet zu haben. In der Folge hatte sie erhebliche Verluste bei Reichstagswahlen, aber auch bei Landtagswahlen und in den Kommunen. Damit geriet die Stabilität der jungen Republik in Gefahr, war doch die MSPD neben der DDP die einzige große Partei, die wirklich ohne Vorbehalt zur Weimarer Demokratie stand. Gegenüber jenen, die in der Weimarer Republik ausschließlich eine Geschichte des Scheiterns sehen wollen, sei betont, dass sie unter dem Reichspräsidenten Ebert die Umsturzversuche der stürmischen Anfangsphase und das Katastrophenjahr 1923 überstand. Es gibt keine Entwicklung, die „notwendig“ zur Kanzlerschaft Hitlers führt.

Wahlergebnisse in Ravensburg 1919 – 1924 (in Prozent)

	Verfassunggebende Landesversammlung 12. Januar 1919	Verfassunggebende Nationalversammlung 19. Januar 1919	Gemeinderat 18. Mai 1919	Landtag 6. Juni 1920	Reichstag 6. Juni 1920	Landtag 4. Mai 1924	Reichstag 4. Mai 1924
SPD	23,3	23,9	11,5	7,8	7,1	5,6	5,7
USPD	3,3	2,5	6,6	12,5	12,9	-	-
KPD	-	-	-	2,8	2,8	13,3	12,4
DDP	11,5	12,9	14,6	10,3	10,9	6,4	6,1
Zentrum	49,3	50,9	39,4	52,3	51,2	55,7	55,4
Sonstige	12,6	9,8	27,9	14,3	15,1	19	20,4

Thema im Geschichtsunterricht

Sich im Geschichtsunterricht mit einem misslungenen Generalstreikversuch in der schwäbischen Provinz zu befassen, und zwar mit archivalischen Dokumenten, erscheint auf den ersten Blick vielleicht nicht sehr zwingend. Hier könnte der Verdacht aufkommen, es handle sich bei diesem Unternehmen um die Bearbeitung von historischem Stoff, der doch lieber der aktuellen Forderung nach „Entrümpelung“ anheimfallen sollte. Wer allerdings die hier angebotenen Dokumente aus den ersten Apriltagen des Jahres 1919 genauer zur Kenntnis nimmt, wird erkennen können, dass sie sehr geeignet sind, eine Konstante deutscher Politik vom Kaiserreich bis in die jüngste Gegenwart zu beleuchten, nämlich den Dauerkonflikt innerhalb der politischen Vertretung der Arbeiterbewegung und damit in der Sozialdemokratie. Die Debatten um die Hartz-IV-Gesetzgebung, die Abspaltung bzw. Neugründung der Partei *Die Linke* belegen in der Gegenwart, dass die deutsche Sozialdemokratie immer wieder eine Sollbruchstelle aufweist, die zwischen einem eher radikalen linken und einem eher bürgerlich-reformorientierten Flügel der Partei verläuft. Zu Beginn der Weimarer Republik, als die Erwartungen an eine nun regierende – ehemals – revolutionäre SPD besonders hoch schienen, öffnete sich geradezu exemplarisch der Graben zwischen der verbürgerlichten MSPD und der sozialistischen Linken, der USPD und der späteren KPD. Anhand der Analyse des Generalstreiks werden damit tiefgreifende Strukturprobleme der Weimarer Gesellschaft und Politik erfahrbar. Dabei geht es letztlich darum, was denn unter dem Programm des *Sozialismus* zu verstehen sei. Ist *Sozialismus* mit gewaltsamen Aktionen, etwa einem erzwungenen Generalstreik, verbunden und bedeutet er einen Umsturz der bürgerlichen Eigentumsordnung und einen Sturz der alten Eliten? Oder ist *Sozialismus* ein ganz und gar friedlicher, demokratisch legitimierter Übergang, der allmählich zu mehr sozialer Gleichheit und zu mehr Wohlstand für breite Schichten der Bevölkerung führt? Ist *Sozialismus* ein programmatischer *Bürgerschreck*, wie es USPD bzw. KPD in der Weimarer Repu-

blik sein wollten? Oder ist *Sozialismus* mit der bürgerlichen Demokratie kompatibel, ja sogar ihre notwendige soziale Ergänzung, wie es die MSPD signalisieren mochte? Erstmals in der Regierungsverantwortung erlebte die Sozialdemokratie 1918/19, wie schwer es für sie ist, die Erwartungen der Arbeiterschaft zu erfüllen und gleichzeitig eine verantwortungsvolle Politik für das gesamte Gemeinwesen zu machen.

Macht man die Streikbewegung vom April 1919 im Raum Ravensburg zum Unterrichtsgegenstand, so handelt es sich vermutlich um den ersten – und wahrscheinlich einzigen – Generalstreik, den die Schülerinnen und Schüler mitsamt seinen Begleiterscheinen im Unterricht kennenlernen. Dieses Vorhaben kann sich lohnen, weil dabei die „Gräben“ zwischen den politischen Lagern klar erkennbar werden. Auch in der oberschwäbischen Provinz können MSPD und USPD politisch nicht konstruktiv zusammenwirken. Der notorische Zwiespalt sozialdemokratischer Regierungen zwischen Verfolgung der Arbeiterinteressen und Verteidigung von „Ruhe und Ordnung“ im Staat ist geeignet, im problemorientierten Geschichtsunterricht gegenübergestellt zu werden. Ebenso historisch zu Beginn der Weimarer Republik bedeutsam – aber auch von beinahe zeitloser Bedeutung – ist die Problematik der Gewaltbereitschaft radikaler politischer Gruppen. Somit kann am Beispiel des Generalstreiks diskutiert werden, ob Gewalt überhaupt ein Mittel der Politik sein soll, ob etwa Nötigung zum Streik schon eine Form unerlaubter Gewalt darstellt und ob die politisch Verantwortlichen eine angemessene Gegengewalt organisieren dürfen. Damit verbunden erscheint das Problem der „Ohnmacht“ einer politischen Mitte, die Gewalt grundsätzlich nicht anwendet und somit ins Hintertreffen gerät. Die Erfahrungen der Weimarer Zeit lehren, dass die politische Mitte in Gestalt von MSPD und DDP schon in der Anfangsphase im Zwiespalt von Gewalt und Gegengewalt entscheidend geschwächt und in der Endphase schließlich zerrieben wurde. Glaubte doch die KPD aus ihrer Sicht, die Sozialdemokratie müsse als der eigentliche Feind der Arbeiterklasse angesehen und bekämpft werden – und nicht die NSDAP. Verfolgt man den roten Faden

der Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Deutschland weiter, gelangt man zur Gründung der *Sozialistischen Einheitspartei* (SED) 1946. Mit dem Argument, die Spaltung der sozialistischen Bewegung in Deutschland habe die Hitler-Diktatur begünstigt, wollte man nun in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) unter dem Patronat der Sowjetunion SPD und KPD zu einer einzigen Parteiorganisation machen. Und wieder musste die Sozialdemokratie die Anwendung von Druck und Gewalt von kommunistischer Seite erleben. Ohne diese historische Tiefendimension lässt sich bis auf den heutigen Tag nicht verstehen, wie tief die Abneigung zwischen SPD und „Linken“ ist und aus welchen unterschiedlichen Blickwinkeln sie sich betrachten. Insofern ist das Moment der Perspektivität ein weiterer didaktischer Leitfaden, an dem entlang eine Betrachtung der angebotenen Dokumente lohnend ist. Sie alle weisen für Schülerinnen und Schüler gut erkennbare Absender und Adressaten auf, in allen werden aus bestimmbaren Perspektiven erwachsene Feindbilder fassbar, aus denen der Konflikt zwischen gemäßigter SPD und radikaler USPD bzw. KPD exemplarisch rekonstruierbar ist.

Die Auswahl an Dokumenten aus dem Ravensburger Stadtarchiv könnte noch unter einem weiteren didaktischen Aspekt zum Unterrichtsgegenstand taugen, nämlich unter der Fragestellung, wie eigentümlich und seltsam Revolutionen in Deutschland ablaufen. Das Phänomen „Revolution“ ist in Deutschland – anders als beim Nachbarn Frankreich – von vornherein negativ besetzt. Wie schon 1848/49 weckte eine Revolution bei der großen Mehrzahl der Deutschen auch 1918/19 heftige Abwehrreflexe. Man fürchtete sich vor einer Eskalation der Gewalt, verbunden mit populistischen Forderungen nach sozialer ‚Égalité‘. Gemäßigte und radikale Kräfte gerieten in beiden Fällen über Ziele und Methoden der Revolution schnell in Konflikt und versäumten es damit, einen wirklichen nachhaltigen Umsturz in die Wege zu leiten. Insofern hat die Parole des Jahres 1989 *Keine Gewalt!* eine lange Vorgeschichte, die unter den Bedingungen des Kalten Kriegs allerdings zum glücklichen Ausgang und zum Erfolg der „friedlichen Revolution“ geführt hat.

Das Flugblatt der Streikleitung in Ravensburg nennt Forderungen und Ziele des Generalstreiks. Das revolutionäre Be-

wusstsein der Streikleitung und ihr Feindbild der *Mehrheitssozialisten* zeigen sich sehr deutlich auch in der Begrifflichkeit des Texts.

Volksgenossen! Arbeitsbrüder!

Wie auf der ganzen Linie, so ist auch in Ravensburg der Generalstreik proklamiert.

Derselbe richtet sich in erster Linie gegen die jetzige Regierung. Diese Männer die mit der alten Regierung durch dick und dünn gingen, es aber verstanden haben sich am 9. Nov. auf die Ministerfessel zu schwingen, um sich dann mit dem Kapitalismus zu verbrüdern, haben den schändlichsten **Verrat** am revolutionären Proletariat begangen.

In Erkenntnis dieser Tatsache hat sich das klassenbewusste Proletariat, **Mehrheitssozialisten, Unabh. und Kommunisten** vereinigt und den Generalstreik erklärt um folgende Punkte durchzusetzen:

1. Freilassung aller politisch Inhaftierten,
2. Aufhebung des Belagerungszustandes und des Verbotes von Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel,
3. Einstellung der anlässlich des Januarstreiks gemafregelten Genossen.

In anerkannter Weise hat sich der größte Teil der Ravensburger Arbeiterschaft sich mit den Kämpfern in Stuttgart solidarisch erklärt.

Kaum ist der Kampf entbrannt hat in Ravensburg **der Verrat begonnen**.

Die Führer der Mehrheitssozialisten sind es, diese Handlanger des Kapitals schämen sich nicht unsere Bewegung in den Schmutz zu ziehen.

Sie haben eine Gegenstreikleitung gebildet in der die patriotisch angehauchten **Muthsozialisten Tiffand Münsinger sowie der Arbeiterrat**, soweit er sich aus Mehrheitssozialisten zusammensetzt, die größte Rolle spielen.

Auf Proletarier kehrt diesen den Rücken entlarvt u. brandmarkt diese Gesellschaft.

Mit Hilfe dieser Herren (Arbeiterräte) wurde auch das Flugblatt der Gemeindefollegien verbreitet.

Das klassenbewusste Proletariat ist der Ansicht, daß wir durch diese Regierung schon längst zum Gespött der Welt geworden sind.

Denn diese Männer, die während des Krieges im Pressebüro des gr. Generalstabes tätig waren und in dieser Eigenschaft den Daheimgebliebenen das Blaue vom Himmel herunterlogen, können nicht erwarten im Ausland ernst genommen zu werden.

Arbeiter laßt nicht ab, zeigt der Regierung und auch den Gemeindefollegien, daß Ihr nicht gewillt seid Euch mit Versprechungen trösten zu lassen, sondern daß Ihr alles daransetzt werdet um unsere gerechte Forderungen durchzusetzen.

Arbeiter! Streikende! Volksgenossen!

Nßt Solidarität, laßt unsere Arbeitsbrüder in Stuttgart, Ehlingen u.s.w. nicht im Stich!

**Ihr Sieg ist unser Sieg
Ihr Kampf ist unser Kampf!**

Die Streikleitung.



Das Flugblatt der regionalen Betriebe und Vereine mischt Polemik und Argumente gegen den Generalstreik; es wendet sich an die nicht revolutionäre Arbeiterschaft und nutzt die Furcht vor dem Bolschewismus. Die Liste der Absender zeigt, wie breit das Bündnis gegen die streikende Linke ist.

terschaft und nutzt die Furcht vor dem Bolschewismus. Die Liste der Absender zeigt, wie breit das Bündnis gegen die streikende Linke ist.

Die Bürgerschaft verurteilt den Generalstreik und stellt sich auf die Seite der Arbeitswilligen!

Mitbürger!

Arbeiter!

Arbeiterinnen!

Laßt Euch nicht von Auswärtigen aufheken, sondern laßt Euer eigenes Urteil gelten!

Die große Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen verurteilt in der jetzigen schweren Zeit den Generalstreik **unbedingt**; dies beweist, daß bisher nur ein Teilstreik stattfindet, der in verschiedenen Betrieben **unter Drohungen einfach erzwungen** wurde.

Die jetzige Regierung und die Stadtverwaltungen sehen heute alles daran, der Arbeiterschaft zu helfen und ihre berechtigten Forderungen zu unterstützen. Auf einmal aber geht es nicht und durch **brutale Gewalt** erst recht nicht!

Es gibt nichts Verfehlteres, als zu streiken und das Volk aufeinander zu hegen, wenn der Feind vor der Türe steht und jeden Tag zum Einmarsch bereit ist!

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Bleibt fest bei Eurer Meinung, die ganze Bürgerschaft teilt sie und steht hinter Euch. Es gibt kein anderes Heilmittel, als daß jeder, ob Arbeiter, Bürger oder Bauer seine Pflicht tue!

Streik ist heute ein Verbrechen an der Heimat!

Die Minderheit will **den Sturz der heutigen Regierung,**

die Aufrichtung des Bolschewismus!

Hiegegen wird sich die Arbeiterschaft und die übrige Bürgerschaft mit allen zu Gebote stehenden Mitteln stemmen!

Streiktage werden weder von der Regierung noch von den Arbeitgebern bezahlt!

Arbeiter! Arbeiterinnen!

geht geschlossen heute Donnerstag Mittag 2 Uhr zur Versammlung in die Turnhalle und

stimmt für die Wiederaufnahme der Arbeit am Freitag Vormittag!

Verlangt geheime Wahlabstimmung!

Eisner Whk & Cie., Eisengießerei Weingarten, Rudolf Geiger, Maschinenfabrik, F. X. Honer, Firma Julius Niempp, H. L. Sterkel, Pinselfabrik, J. G. Roth, Pinselfabrik, Carl Sterkel, Parlettfabrik, Babywäsche- und Verbandstoff-Fabrik, Albert Bezner, Maschinenfabrik, Bleiche und Appretur-Anstalt Schornreute, Bürgerliches Brauhaus, Färberei Eggenberger, Friedr. Krauß, Gardinenfabrik, Albert Schwarz, Gardinenfabrik, Spinnerei Schornreute, Otto Sterkel, Maschinenfabrik, Handelskammer Ravensburg, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Handels- und Gewerbeverein, Kaufmännischer Verein, Katholisch Kaufmännischer Verein, Rabatt-Sparverein, Verein kath. Kaufm. Gehilfen und Beamtinnen „Weißä“ und Wirtsverein.

Flugblatt von Betrieben und Vereinen im Raum Ravensburg gegen den Generalstreik.
Vorlage: Stadtarchiv Ravensburg

Das Flugblatt der USP(D) zu den Gemeindewahlen im Mai 1919 dokumentiert nochmals deren revolutionären Geist. Um der SPD nach dem gescheiter-

ten Generalstreik vom April die Wähler abzuwerben, zeichnet das Blatt ein exemplarisch-polemische Feindbild der *Mehrheitssozialisten als Stützen des Kapi-*

tals. Die feindselige Stimmung zwischen SPD und USPD wird offenbar.

Arbeiterinnen! Arbeiter! Volksgenossen!

Der 9. November sollte auch den Weg freigemacht haben für eine sozialistische Gemeindepolitik. Das ist leider nicht der Fall.

Überall wird noch im alten bürokratischen Geiste gearbeitet.

Wenn dieser Geist nicht kräftig ausgetrieben wird, werden wir überhaupt keine befriedigende Zustände bekommen. Die Vereinfachung der Verwaltung ist um so dringender notwendig, als die Gemeinde immer größere Aufgaben zu erfüllen hat, die auf Bürokratenweise nicht vollbracht werden können. Die Beamten betrachten sich immer noch als Sachverwalter des Kapitals. **Auch hier muß sozialisiert werden, d. h. der Geist des Sozialismus muß in den Rathäusern einkehren.**

Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin

müssen als wirklich gleichberechtigte Bürger betrachtet werden. In jedem auch dem Geringsten muß die Gemeinde und ihre Vertreter ein gleichberechtigtes Gemeindeglied sehen.

Um dieses zu erreichen, schicken wir Arbeiter auf die Rathäuser die bewiesen haben, daß sie sich nicht durch die scheinheiligen und schmeichelnden Manöver gewisser Überzentrümmler sowie von den Stadtoberhäuptern einlullen lassen, sondern wir schicken Männer auf die Rathäuser die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen.

Wir wählen deshalb die Kandidaten der

Unabh. Soziald. Partei.

Arbeiterinnen! Arbeiter! Volksgenossen!

Die bevorstehenden Gemeindewahlen müssen von der Arbeiterschaft benützt werden, auf die Rathäuser Vertreter zu entsenden, die auch wirklich gewillt sind, ihre ganze Kraft für die Interessen der Arbeiterschaft zu opfern.

Sie müssen sich immer bewußt sein, daß sie gewählt sind, um einen Kampf zu führen, den Kampf einer unterdrückten Klasse gegen ihre Ausbeuter.

Die Gemeindewahl rückt heran, die Beteiligung an ihr und ihr Ausfall ist von größter Bedeutung für die Zukunft.

Das neue Wahlrecht in der Gemeinde ist ein Schritt zur Diktatur des Proletariats.

Die bürgerlichen Parteien einschl. der Mehrheitssozialisten sind die Stützen des Kapitals, sie repräsentieren den kapitalistisch-reaktionären Rückschritt. Deshalb darf kein Mann und keine Frau des werktätigen Volkes am Tage der Wahl zu Hause bleiben. Keiner soll sich aber auch durch den bürgerlich reaktionären Schwindel einfangen lassen, sondern ein jeder aus dem schaffenden Volke muß den unabgeänderten Wahlvorschlag der Unabh. Soziald. Partei zur Urne nehmen.

Darum auf zur Wahl für die Kandidaten der Unabh. Soziald. Partei.

Die Wahlauschüsse der U. S. P.
Ravensburg — Weingarten.

Diejenigen, welche noch kein Stimmzettel erhalten haben können solche vor den Wahllokalen in Empfang nehmen. Außerdem können Stimmzettel abgeholt werden:

in Weingarten im „Schwarzen Adler“, bei Zundel Bleicherstraße 11
und Matthiesen Scherzachstraße 10¹.

in Ravensburg im Gasthof zur „Traube“.



*Feldküche des Infanterie-Regiments Nr. 124
im Oktober 1918.*



*Mitglieder des Soldatenrats Weingarten,
Anfang 1919.*



*Mitglieder des Soldatenrats Weingarten beim Tanz-
kurs, Anfang 1919.*

*Vorlagen: Werner Heinz, Altdorf_Weingarten
1805–1945, Bergatreute 1990, S. 186, 191, 193*

Sämtliche Dokumente lassen sich nach einen einfachen Kommunikationsmodell auswerten: Wer sagt was zu wem, mit welchen Mitteln, mit welchen Absichten, mit welchen (möglichen) Wirkungen?



Arbeiterräte der MSPD Ravensburg machen ihre Haltung zum Generalstreik klar.

Vorlage: Oberschwäbische Volkszeitung vom 2. April 1919

Methodische Umsetzung im Unterricht

Der polemische Gehalt und die Kontroversität der Quellen, die Zuspitzung der Ereignisse auf engem Raum und in wenigen Tagen, die antithetische Anlage der Situation zwischen streikbereiten Revolutionären und ordnungsliebenden patriotischen Bürgern, zu denen auch die große Mehrheit der Sozialdemokraten innerhalb wie außerhalb der Arbeiterräte zählte, eröffnen ein Fülle von Möglichkeiten, daraus einen lebendigen Geschichtsunterricht zu gestalten, der die Schülerinnen und Schüler in hohem Maß aktivieren kann.

1. Sie können das Material dazu verwenden, eigene politische Flugblätter und Plakate zu entwerfen, auf denen die Feindbilder auch visualisiert werden, was die angebotenen Dokumente allesamt unterlassen.
2. Möglich wäre die Gestaltung von Wandzeitungen zur Information der Bürger in der Stadt, *denn die Druckereien haben sich dem Generalstreik angeschlossen*. Diese Wandzeitung könnte aus dem Material eine Karte der Ereignisse in Württemberg gestalten, eine chronologische Abfolge der Ereignisse

aus den Quellen rekonstruieren und die Kontrahenten der Generalstreikdebatte mit ihren Positionen gegenüberstellen.

3. Ein Gruppe von Schülerinnen und Schülern könnte Tagebucheinträge vom 31. März bis zum 4. April 1919 niederschreiben, wobei sie sich die Perspektive von Streikenden, von Streikbrechern, von Unternehmern, von Vertretern der Stadt Ravensburg zu eigen machen könnten.
4. Möglich wäre es, verschiedene Schülergruppen mit einseitig ausgewähltem Quellenmaterial auszustatten und sie zu beauftragen, den Generalstreik nur aus dieser eingeschränkten Sichtweise als Schulbuch- oder Zeitungsartikel darzustellen. In der vergleichenden Auswertung könnte dann exemplarisch die Konstruierbarkeit von Geschichte erkannt werden, wenn die Quellenbasis einseitig ist.
5. Da im Lauf der realen Ereignisse Versammlungen von Arbeitern und ihren Sprechern stattgefunden haben, könnte man in Form eines Rollenspiels nachvollziehen, wie dabei mit welchen Argumenten für und gegen den Generalstreik diskutiert worden ist. Auch hierbei könnte die Zuteilung des Materials an Vertreter der USPD, an Vertreter der MSPD und an Vertreter der städtischen Verwaltung in einseitiger Auswahl erfolgen. Die Diskussion könnte sich auch in der Szenerie einer Sitzung des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrats abspielen. Am Ende der Debatte für und gegen den Generalstreik könnte eine demokratische Abstimmung erfolgen.
6. Das bewegende Ereignis eines Generalstreiks und die emotional ansprechenden Dokumente aus dem Archiv legen auch eine Kooperation zwischen den Fächern Deutsch und Geschichte nahe. Neben einer Umsetzung in Form von Tagebucheinträgen könnte man auch an eine Umformung in Fernseh- oder Radionachrichten denken, sogar an die Spiegelung der revolutionären Inhalte in der Literatur der Weimarer Republik.

Literatur

WOLFGANG ABENDROTH: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Frankfurt am Main 1965.

PETER EITEL: Ravensburg im 19. und 20. Jahrhundert. Ostfildern 2004.

Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Band 4: Die Länder seit 1918. Herausgegeben von HANSMARTIN SCHWARZMAIER und MEINRAD SCHWAAB. Stuttgart 2003.

UWE KRAUS: Von der Zentrumshochburg zur NS-Gemeinde. Aufstieg und Machtergreifung der Nationalsozialisten in Ravensburg zwischen 1928 und 1935. Dissertation Tübingen/Stuttgart 1986.